

„Wir haben es satt!“

Das Veranstalterbündnis der „Wir haben es satt!“- Demo, die am 18.1.25 um 12 Uhr vor dem Bundeskanzleramt in Berlin startet, richtete am Donnerstag auf einer Pressekonferenz Forderungen an die kommende Bundesregierung: Unter der Leitfrage „Wer profitiert hier eigentlich?“ rufen Vorfeld der Bundestagswahl rund 60 Organisationen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft zur „Wir haben es satt!“- Demonstration am 18. Januar auf.

Verbraucher*innen leiden unter hohen Lebensmittelpreisen und Bäuer*innen kämpfen um ihre Existenz: Seit 2021 sind Lebensmittelpreise in Deutschland um rund 33 Prozent gestiegen – deutlich stärker als die Gesamtinflation von 20 Prozent. Bei den Bäuer*innen, die unsere Lebensmittel erzeugen, kommt davon wenig an. Sie haben einen Anteil von durchschnittlich nicht einmal 15 Prozent der Bruttowertschöpfung. Allein in Deutschland mussten mehr als 350.000 Höfe in den letzten 30 Jahren schließen. Handel, Fleisch- und Milchindustrie machen derweil auch in Krisenzeiten gewohnt hohe Gewinne.

Mit der Bundestagswahl 2025 entscheidet sich die Ausrichtung der Agrarpolitik für die kommenden Jahre. Werden wir mehr Fairness, Tier- und Umweltschutz bekommen oder weiteres Höfesterben und den Abbau wichtiger Standards?

Das Demonstrationsbündnis hat heute in Berlin seine Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung vorgestellt. Es fordert verbindliche Gesetze für kostendeckende Erzeuger*innenpreise und eine sichere Finanzierung von Tierschutz- und Umweltmaßnahmen. Das gemeinsame Ziel der Bündnispartner*innen: ein umweltverträgliches, gerechtes und krisenfestes Ernährungssystem auf Grundlage einer bäuerlichen und agrarökologischen Landwirtschaft.

Seit Jahrzehnten werden einseitig Konzerninteressen priorisiert – das Gemeinwohl sollte politisch endlich stärker gewichtet werden. Um diese Forderung zu unterstreichen, führt der Protestmarsch unter anderem zum Sitz von Verbänden der Agrarindustrie, von Handelsriesen und global agierenden Agrarinvestoren, die politisch bevorzugt werden auf Kosten der Allgemeinheit und teils der Menschenrechte.